1. Mai Zeitung

Die Zeitung zum Tag der Arbeit
SP und Gewerkschaften des Kantons Aargau
Ausgabe vom 1. Mai 2018



Lohngleichheit. Punkt. Schluss!

Aufruf *zum 1. Mai 2018*

Seit 37 Jahren verlangt unsere Verfassung die Gleichstellung von Mann und Frau, auch in der Arbeitswelt. Seit 22 Jahren verlangt das Gleichstellungsgesetz gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.

Und heute? Was ist die Schweizer Realität?

Es ist beschämend: Immer noch hinken die Löhne der Frauen denjenigen der Männer hintennach. Noch beschämender ist, dass über 40 % dieses Lohnunterschiedes nicht erklärbar sind. Jeder Frau entgehen so, wegen Diskriminierung, jeden Monat 600 Franken.

Seit 1789 berufen sich demokratische Staaten auf das Prinzip der égalité, der Gleichheit. Gleichheit ist der Sockel, auf dem die Freiheit blühen kann. Auch die von Mann und Frau. Also müsste sich die Schweiz in Sachen Lohngleichheit einen mächtigen Schub geben.

Für Schub haben die Frauen und die Gewerkschaften gesorgt. Seit 30 Jahren, beharrlich und zäh. Der Bundesrat war schliesslich, nach gescheiterten freiwilligen Versuchen, bereit, das Gleichstellungsgesetz ein bisschen in Richtung mehr Rechenschaft und Bewusstsein zu verschärfen. Aber was tut der Ständerat mit dieser Revision? Er wagte es nicht, die Revision zu versenken. Zu gross die Angst vor einer Protestwelle, nur 1 Jahr vor den Wahlen. Die bürgerlichen Ständeräte beantragten Rückweisung an die Kommission, das Studium freiwilliger Modelle. Und sie setzten sich durch mit ihrer Taktik der Zermürbung.

Dieser Entscheid ist ein Affront gegen die Frauen und gegen die Demokratie. Wer Verfassung und Gesetz missachtet, wird gebüsst oder eingesperrt. Bei der Lohngleichheit jedoch reklamieren die Herren mit dunklem Gewissen ein anderes Recht. Und vertreten, in blütenweissen Hemden, eine Demokratie, die an der Garderobe des Betriebes aufhört!



Ja: wir sind viele. Und darin besteht unsere Macht.

Wir sind viele, die diesen Lohnbetrug resolut bekämpfen werden. Wir sind immer mehr, die fordern: **Lohngleichheit. Punkt. Schluss!**

Lohngleichheit muss Alltag werden. Dafür werden die Gewerkschaften mobilisieren. An diesem 1. Mai und darüber hinaus! Weil es für Diskriminierung in der Schweiz keinen Platz hat.

Wer Menschen für voll nimmt, der muss sie auch voll zahlen. Wer Fairness will, muss faire Bedingungen bieten. Das gilt über die Lohngleichheit hinaus.

Wenn dieselben Ständeräte, welche die Lohngleichheit abwürgen, mehr Nacht- und Wochenendarbeit wollen,

dann sagen wir nein!

Wenn sie unsere Altersvorsorge demontieren wollen,

dann sagen wir nein!

Wenn sie umverteilen wollen, wenn sie den Reichen auf Kosten der Normalen andauernd bessere Bedingungen verschaffen wollen,

dann sagen wir nein!

Es gibt Forderungen, über die man nicht diskutiert. Weil sie selbstverständlich sind. Das gilt für all diese Bereiche, auch wenn die Bürgerlichen hier den Tabubruch als sexy erklären wollen. Wir stehen ein für Gerechtigkeit in der Gesellschaft und eine faire Arbeitswelt.

Und dazu gehört Lohngleichheit. Punkt. Schluss!



Wer Veränderung will, muss anpacken!

von Florian Vock

Stellen Sie sich vor, sie hätten ein Vermögen von 2 Millionen Franken. Sie legen dieses Geld natürlich langfristig am Kapitalmarkt an. Davon erzielen Sie eine Rendite von 3 % pro Jahr. Sie erhalten also – ohne Arbeit, ohne Leistung – pro Jahr 60'000 Franken geschenkt. Für diese 2 Millionen Franken bezahlen Sie heute etwa 7'300 Franken Steuern (wir sprechen dabei von 2 Millionen Franken steuerbarem Vermögen, nicht etwa vom Vermögen in Unternehmen oder in Hypotheken).



Florian Vock
Präsident Aarg. Gewerkschaftsbund, Grossrat SP

Bei Annahme der Millionärssteuer-Initiative, über die wir in diesem Jahr abstimmen können, würden Sie etwas mehr Steuern bezahlen, nämlich 11'600 Franken. Vergessen Sie aber nicht: Sie erzielen ja pro Jahr 60'000 Franken auf Ihr Vermögen. Ein ordentlicher Batzen Gewinn pro Jahr bleibt und Ihr Vermögen wächst jedes Jahr – ohne Arbeit, ohne Leistung.

Wir normalen Leute

Auf der anderen Seite steht die arbeitende Bevölkerung. Sie ist von der Millionärssteuerinitiative nicht betroffen. Wir normalen Menschen arbeiten jeden Tag, acht und mehr Stunden, und kommen nicht immer auf ein steuerbares Einkommen von 60'000 Franken im Jahr.

Unsere Lebensqualität steht und fällt mit den Leistungen, die der Staat erbringt: Öffentlicher Verkehr, bezahlbare Kultur, gute Schulen, effiziente Verwaltungen, funktionierende Spitäler. Wenn das und noch mehr gut läuft, dann geht es auch uns gut.

Durch die Millionärssteuer-Initiative würde der Kanton Aargau Mehreinnahmen von 161 Mio. Franken erhalten. Mit diesen Mehreinnahmen könnten die schädlichen Abbaupakete verhindert und der Kantonshaushalt nachhaltig saniert werden. Bildung, Gesundheitswesen oder Kultur könnten finanziert werden – dafür müssten 2% aller Aargauer Haushalte mit einem steuerbaren Vermögen von über 2 Mio. Franken neu knapp 1 Prozent Vermögenssteuer bezahlen.

Für mich klingt das nach einem fairen Beitrag an das Allgemeinwohl. «Unzumutbar!» finden das die bürgerlichen Grossrätinnen und Grossräte, von EVP über GLP bis SVP. Unzumutbar sei das.

Millionäre haben es nicht selbst verdient

Leider vergessen Millionäre und Milliardäre allzu gerne, woher ihr Stutz denn kommt. Die meisten kriegen es von den Eltern geschenkt. Rund 63 Milliarden Franken betrug das Erbe im Jahr 2015. Nur: Wenige erben viel, viele erben wenig. So besitzen rund 2 Prozent der Schweizer Haushalte ungefähr 50 Prozent der Vermögenswerte. Und diese Ungleichheit schlägt sich dann auch in den Nachlässen nieder. Von wegen «selbst erarbeitet und verdient». Das Glück der Geburt entscheidet auch in der Schweiz.

Dann gibt es jene kleinere Gruppe, die es sich selbst verdient hat in Unternehmen. Selbst verdient wohl, aber ob sie es auch verdient haben? Das viele Geld kommt nicht einfach von der eigenen Arbeit. Es ist der Gewinn, der erwirtschaftet wird in Unternehmen von Menschen wie wir: Arbeiterinnen, Angestellte, die jahrelang keine Lohnerhöhung mehr erhalten haben, die theoretisch 40 und praktisch 50 Stunden in der Woche für 4'500 Franken im Monat arbeiten; 100% arbeiten!

Trotz Digitalisierung und steigender Produktivität landet der Fortschritt nicht in den Taschen der Arbeitenden, sondern macht die Reichen einfach noch reicher. Wie schon vor hundert Jahren geht es für auch jetzt um eine Grundsatzfrage. Eine Arbeiterin oder ein Angestellter leisten pro Stunde mehr als früher. Es schaut mehr heraus in der gearbeiteten Zeit. Dank technischen Hilfsmitteln, dank besserer Ausbildung. Aber: Wo landet dieser Profit? Heute landet der Profit der Privatwirtschaft in den Taschen der Eigentümer_innen; im öffentlichen Sektor werden damit Steuergeschenke für Reiche finanziert. Beides ist Umverteilung von unten nach oben.

Eigeninteresse statt Politik für alle

Die bürgerlichen Kräfte drücken die Interessen ihrer Klientel durch: Das Kapital steht im Zentrum. Es heisst ja auch Kapitalismus. Und Glück haben die, die Kapital haben. Bei denen arbeitet das Geld – und die bürgerlichen Vasallen in CVP, FDP und SVP. Wir mit unserer Arbeitskraft müssen noch selbst arbeiten. Und wir müssen auch selbst anpacken, wenn wir Veränderungen wollen. Deshalb rufe ich Sie alle auf: Demonstrieren Sie mit uns am 1. Mai für Lohngleichheit. Und engagieren wir uns auch die restlichen Tage im Jahr für soziale Gerechtigkeit.

Millionärssteuer-Initiative

Am 23. September wird im Kanton Aargau über die Millionärssteuerinitiative der JUSO Aargau abgestimmt. Mit den Einnahmen durch die Millionärssteuer kann der Kanton den Leistungsabbau der letzten Jahre rückgängig machen.

Wen betrifft es?

Die Initiative entlastet Kleinsparer, denn bis zu einem steuerbaren Vermögen von 499'999 Franken sinken die Steuern. Durch den Freibetrag von 100'000 Franken (für Ehepaare 200'000 Franken) sind etwa 65 % der Bevölkerung gar nicht von der Initiative betroffen.

Nur 2% der Haushalte mit einem Vermögen von über 2. Mio. würden tatsächlich stärker besteuert wert. Diese Millionäre hätten neu knapp 1 Prozent Vermögenssteuer (Kantons- und Gemeindesteuer) zu entrichten.

KMU und Hauseigentümer kaum betroffen

Wohneigentum zählt zwar zum Vermögen, das für die Berechnung der Vermögenssteuer zählt. Aber die Hypoheken werden von diesem Vermögen abgezogen. Da zusätzlich noch ein Freibetrag gilt und die Initiative erst bei hohen Vermögen greift, bleiben Hausbesitzer*innen davon verschont.

Auch KMUs wären von der Millionärssteuer nicht betroffen. Denn das steuerbare Vermögen eines Besitzenden eines KMUs mit 6 Angestellten überschreitet selten einen Wert von 499'999 Franken.

Mehr unter www.millionaerssteuer.ch

Nach No Billag: Medienpolitik bleibt aktuell

von Cédric Wermuth

Nach No Billag ist vor No Billag könnte man sagen. Es liegt zwar noch keine weitere medienpolitische Vorlage vor, dass uns das Thema allerdings in den nächsten Jahren sogar zunehmend beschäftigen wird, liegt tatsächlich auf der Hand. Die No-Billag-Initiative war eigentlich nur ein Vorgeschmack auf das, was auf uns wartet. Man kann sich durchaus streiten über die Qualität der politischen Berichterstattung bei den öffentlich-rechtlichen Sendern, vor allem beim Fernsehen. Fakt ist aber, dass sich das tatsächliche Drama aktuell bei den Privaten abspielt. Ein Beispiel dafür sind die laufenden Auseinandersetzungen rund um die Abbaumassnahmen bei der Schweizerischen Depeschenagentur SDA. Sie zeigen exemplarisch, in welcher fundamentalen Krise die Schweizer Medienlandschaft steckt.

Finanzierungsmodell in der Krise

Das alte Finanzierungsmodell vor allem der Printmedien ist kollabiert. Mit den Werbeeinnahmen lassen sich die Aufwände für Qualitätsjournalismus nicht mehr decken. Dafür gibt es eine Reihe Gründe. Sicher das Internet, die Gratismedien (an denen die Verleger allerdings selber schuld sind), die Monopolisierung von Werbung bei Google und Facebook. Die Folgen sind auf jeden Fall eine massive Konzentration der Medienlandschaft in ein paar wenigen Händen und der Abbau der Ressourcen für journalistische Arbeit. In einem Modell, in dem nur noch schnelle Klickraten zählen, werden aufwendige Recherchen zu einem Hindernis für den schnellen Profit. Die Folgen liegen auf der Hand.

So steigt die Macht weniger, notabene demokratisch in keiner Weise legitimierter Medienbesitzer und Chefredaktoren. Was das heisst, sehen wir im Aargau tagtäglich. Hier haben wir mit wenigen Ausnahmen bereits ein vollintegriertes Totalmonopol: Zeitung, Radio, Internet und Fernsehen gehören im wesentlichen genau einer freisinnigen Familie. Entscheidet die Besitzerfamilie, dass ein Stadtammann weg gehört, dann wird auf allen Kanälen geschossen – ohne Möglichkeit einer Gegendarstellung. Mit einer demokratischen Medienlandschaft hat das nur noch wenig zu tun. Diese Medienkrise ist aber nicht nur politisch, weil die grossen Verleger eher links stehen, sondern bereits in ihrer grundlegenden Dynamik. Ich nenne das den CSI-Effekt.

Cédric Wermuth
Nationalrat SP





Der CSI-Effekt: Klicks statt Zusammenhänge

Auch hierzulande erfreuen sich die amerikansichen Crime Scene Investigation-Serien grosser Beliebtheit. Bei diesen Fernsehserien geht es immer um ein Team von Ermittler*innen, das spektakuläre Kriminalfälle aufklärt. Im Kern beruhen diese Serien auf der gleichen Gesellschaftsvorstellung: Das Böse ist irgendwo da draussen in der Gesellschaft. Und es ist individuell in eben bösen Menschen angelegt. Bekämpft werden kann es nur, in dem man diese Elemente entfernt. Platz für komplexe Zusammenhänge zwischen gesellschaftlichen Strukturen und Machtverhältnissen einerseits und Kriminalität andererseits gibt es nicht. Genau das geschieht auch mit einer politischen Berichterstattung unter permanenter Ressourcenknappheit und Klickratendruck: Statt ausführlicher Untersuchungen zu politischen Zusammenhängen, werden Schuld oder Erfolg personalisiert und skandalisiert. Das passt bestens zu einer Politik, die genau gleich vorgeht: Armut und Sozialhilfeabhängigkeit sind kein gesellschaftliches Phänomen, sondern die Schuld der faulen Sozialhilfebezüger*innen, also muss man sie drangalisieren. Schuld an der Flucht sind nicht Kimawandel, Ausbeutung und Kriege, sondern die Flüchtlinge selber, also muss man sie weghaben.



Mediale Selbstverteidigung

Wollen wir als Gesellschaft einen Journalismus erhalten – oder besser: wieder aufbauen – der in der Lage ist, die komplexe Realität zu diskutieren, die Pluralität der Haltungen wirklich abbildet und die Arbeit der Politik effektiv zu kontrollieren, kommen wir um eine öffentliche Pressefinanzierung kaum herum. Das wird aber in Bundesbern noch eine ganze Weile dauern. Kurzfristig gilt es, die kritischen Medien zu stärken. Ganz einfach, in dem wir Medien, die sich einem Qualitätsjournalismus verschrieben haben, finanzieren und unterstützen. Im dem wir Verleger*innen werden des Onlineportals Republik, in dem wir ein Abo der Wochenzeitung WoZ lösen oder in dem wir Mitglied und Hörer*innen werden des Aargauer Lokalradios Kanal K.



Impressum

Herausgeber:
- Aarg.Gewerkschaftsbund AGB
- SP des Kantons Aargau
- Unia Region AG-NWS
- vpod Region Aargau-Solothurn
- syndicom Aargau

AGB, Postfach 2217, 5001 Aarau

Layout: Mira Meier, Baden

Umsetzung und Redaktion:
Renato Mazzocco, Sekretär AGB, Aarau

Druck:
Grafische Gesamtlösungen Bialek
5722 Gränichen / 062 822 88 88

Auflage: 14 000 Exemplare

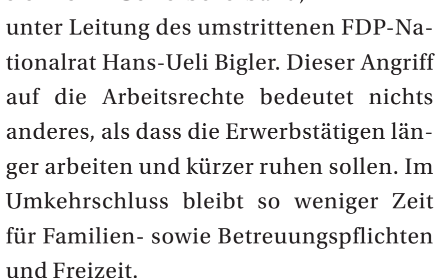
Länger arbeiten und kürzer ruhen? Ohne uns.

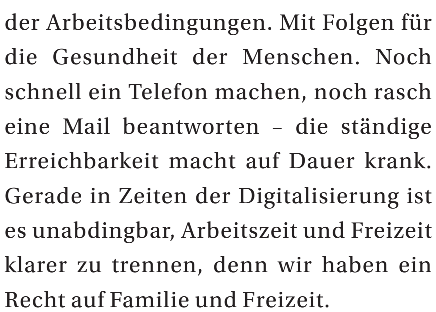
von Mattea Meyer

Beim Landesstreik 1918 forderten unsere Kolleginnen und Kollegen die 48-Stunden-Woche. Hundert Jahre später werden diese Errungenschaften wieder infrage gestellt. Bürgerliche Politikerinnen und Politiker wollen die Höchstarbeitszeiten von 45 auf 50 Stunden pro Woche anheben, Nacht- und Sonntagsarbeitsverbote aufheben oder die Kontrolle durch die Arbeitszeiterfassung abschaffen. Flankiert werden sie vom Gewerbeverband, unter Leitung des umstrittenen FDP-Nationalrat Hans-Ueli Bigler. Dieser Angriff auf die Arbeitsrechte bedeutet nichts anderes, als dass die Erwerbstätigen länger arbeiten und kürzer ruhen sollen. Im Umkehrschluss bleibt so weniger Zeit für Familien- sowie Betreuungspflichten und Freizeit.



Mattea Meyer
Nationalrätin SP, Zürich





Flexibiltät ist heute schon Realität.

Bürgerliche locken mit Flexibilität, mit besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf, mit dem verführerischen Versprechen, selber zu bestimmen, wo und wann man arbeitet. Und meinen: Mehr Arbeit bei gleichem oder gar sinkendem Lohn. Die Schweiz hat bereits heute eine äusserst flexible Arbeitszeitregelung. Flexibilität ist für die meisten eine Realität. Sie kann mehr Lebensqualität bringen, aber nur dann, wenn die Gesundheit respektiert und sozialen und familiären Bedürfnissen Rechnung getragen wird. Doch die aktuelle Entwicklung führt zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Mit Folgen für die Gesundheit der Menschen. Noch schnell ein Telefon machen, noch rasch eine Mail beantworten – die ständige Erreichbarkeit macht auf Dauer krank. Gerade in Zeiten der Digitalisierung ist es unabdingbar, Arbeitszeit und Freizeit klarer zu trennen, denn wir haben ein Recht auf Familie und Freizeit.

Die Arbeit von heute entspricht in vielen Belangen nicht mehr der Arbeit vor hundert Jahren. Das soll sich auch im Arbeitsgesetz abbilden. Doch für dieses gilt im Grundsatz weiterhin: Es muss mehr und nicht weniger Schutz bieten. Mit der Aufweichung des Arbeitsgesetzes wird genau das Gegenteil dessen gemacht, was bei einer gesteigerten Produktivität sinnvoll wäre: Eine Reduktion der Arbeitszeit. Wir leisten immer mehr in weniger Zeit. Dieser Produktivitätsgewinn soll endlich denen zugutekommen, die ihn erwirtschaften: den Erwerbstätigen.

35-Stunden-Woche für alle?

Zum Beispiel, indem wir die 35h-Woche einführen. Allen würde eine Arbeitszeitverkürzung entgegenkommen: Wir sind motiviert an der Arbeit und haben Zeit für Familie oder andere Verpflichtungen. Weniger zu arbeiten, können wir uns auch leisten, wenn die Effizienzgewinne nicht mehr weiter dem Unternehmensgewinn zufliessen, sondern den Angestellten. Vergessen wir zudem vor lauter Flexibilisierungs-Euphorie nicht die, die als Folge der Digitalisierung einen Jobverlust befürchten.

Wir müssen alles tun, diesen erneuten Angriff auf die Gesundheit und die Bedürfnisse der Lohnabhängigen abzuwehren. Auch 100 Jahre nach dem Landesstreik ist unser Engagement gefordert.

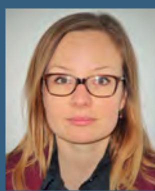
1. Maifeiern 2018

Aarau
Holzmarkt (Graben), 16.00 - 20.00

Umzug ab Holzmarkt 16.55 (Besammlung Festplatz 16.30)
Ansprachen ab 17.30 von:



Rebekka Wyler
Generalsekretärin SP Schweiz, Erstfeld



Gabriela Medici
Zentralsekretärin SGB, Zürich



Mia Jenni
Co-Präsidentin Juso-Aargau

Sponsoring: Coop Rechtsschutz, Bank Cler und kalkor.ch treuhand

Rahmenprogramm ab 16.00
- Festwirtschaft
- Info- und Marktstände
- Musik mit **Pamplona Grup** (Musik aus dem wilden Osten)



Moderation: Renato Mazzocco (Sekretär Aarg. Gewerkschaftsbund)
Organisation: 1. Mai-Komitee Aarau

Zofingen
Markthalle, 16.00 - 20.00

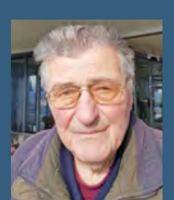
Ansprachen 17.15 / 17.30 / 17.45 von:



Irène Kälin
Präs. ArbeitAargau, Nationalrätin Grüne, Oberflachs



Urs Hofmann
Regierungsrat SP Aarau



Urban Zimmerli
ehem. Lokführer, Aarburg

Sponsoring: B. & J. Musiglade AG, Zofingen

Rahmenprogramm / Festwirtschaft ab 16.00
- Risotto und feines vom Grill von der SP Oftringen (ab 18.00)
- Neu mit Kinderbetreuung
- Musik mit «**The Underfield Stompers**»



Moderation: Viviane Hösli, Geschäftsführerin ArbeitAargau, Grossrätin SP, Zofingen
Organisation: 1. Mai-Komitee Bezirk Zofingen

Lenzburg
Metzgplatz, 16.00 - 20.00

Ansprachen 18.00 / 18.30 von:



Sandro Covo
Co-Präsident Juso Aargau, Jonen



Claudia Rohrer
Grossrätin SP Rheinfelden

Rahmenprogramm 16.00 - 20.00
- Feines vom Grill
- Kaffee und Kuchen
- Musik mit **«Blues-Tinu's Triple Trouble»**

Moderation: Aurel Gautschi, Juso Aargau, Lenzburg
Organisation: 1. Mai-Komitee Lenzburg

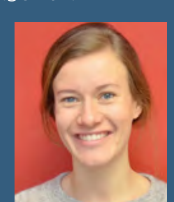
Beinwil a.S.
Waldhütte, Beinwil a.S.
18.00 - 20.00

Vorabendfeier! Montag, 30. April

Ansprachen ab 18.30 von:



Ynonne Feri
Nationalrätin SP, Wettingen



Anna Leo
Unia-Sekretärin Region AG-NWS

Rahmenprogramm ab 18.00:
- Grilladen / Salate
- Kaffee und Kuchen
- Musik mit **«Blues-Tinu's Triple Trouble»**

Moderation: Roman Merz, Präsident SP Bezirk Kulm, Zetzwil
Organisation: 1. Mai-Komitee Bezirk Kulm

Baden
Bahnhofplatz, 12.00 - 18.00

Ansprachen ab 13.00 von:


Thomas Bauer
Präsident der Personalvertretung GE


Dilan Gül
Unia-Sekretärin Region AG-NWS


Mattea Meyer
Nationalrätin SP Zürich

14.00:
Umzug durch die Badener Innenstadt

Organisation: 1. Mai-Komitee Baden (www.1maibaden.ch) - Bezirke Baden und Zurzach

Rahmenprogramm 12.00 - 18.00
- Festwirtschaft
- Grill
- Kinderecke
- ca. 15.15 künstlerischer Beitrag von **Tommy Vercetti**, Berner Rapper & Marxist
- Musik von der **Otrava Band** (Klezmer & Gipsy)



Begrüssung und Moderation:
***Florian Vock**, Präsident Aarg. Gewerkschaftsbund, 1. Mai-Komitee Baden*

Brugg
Odeon, 17.00 - 20.00

Ansprache 18.00


Paola Gallo
Geschäftsleiterin Surprise, SP, Basel



Rahmenprogramm
- 17.00 Apéro im Foyer
- 18.30 Kultureller Teil mit **Renato Kaiser**, Spoken-Word-Künstler

*Begrüssung/Moderation: **Sacha Schenker**, Co-Präsident SP Bezirk Brugg, Bözberg*
Organisation: 1. Mai-Komitee Bezirk Brugg

Muri
Ref. Kirchgemeindehaus
17.30 - 20.00

Ansprachen ab 18.15 von:


Gabriela Suter
Grossrätin SP, Aarau


Colette Basler
Grossrätin SP, Zeihen


Dieter Egli
Präsident SP-Grossratsfraktion, Windisch

Rahmenprogramm ab 17.30
- Kulinarische Köstlichkeiten
- Musikalische Umrahmung

Begrüssung/Moderation: Peter Hauser, Präsident SP Bezirk Muri
Organisation: SP Bezirksparteien Bremgarten und Muri

Rheinfelden
Im Rumpel, 11.30 - 20.00

Ansprachen im Rumpel (Colonia Libera) ab 15.15 von:


Corinne Schärer
Gleichstellungsbeauftragte GL Unia, Bern


Claudia Rohrer
Grossrätin SP, Rheinfelden

SP Bezirksparteien Rheinfelden und Laufenburg
Gewerkschaften Unia, syndicom, VPOD und SEV, Colonia Libera

12.45 **Demomarsch** zur Schifflände,
Apéro mit den deutschen Kolleg_innen

Begrüssung:
Peter Koller, Grossrat SP, Rheinfelden
Kathrin Distler, DGB, Präsidentin IGR

Rahmenprogramm ab 11.30
- Festbetrieb im Rumpel
- Enzos Spaghetti
- Unterhaltung mit Donato

Moderation: Peter Koller, Grossrat SP und Rolf Schmid, Präsident SP Bezirk Laufenburg

13. Frauenkongress des SGB

von Antonia Iten

Vom 19. bis 20. Januar fand in Bern der 13. Frauenkongress des SGB statt. Rund 240 delegierte SGB-Frauen nahmen daran teil. Unter dem Motto „Unsere Zeit ist mehr wert!", wurde während zwei Tagen, intensiv diskutiert und nach künftigen Lösungen gesucht.



Antonia Iten
Unia

Die Verfassung ist jetzt endlich zu respektieren.

Seit Jahren ist die Gleichstellung von Mann und Frau im Gesetz verankert. Die Politik jedoch, setzt zunehmend auf Eigenverantwortung, ja behauptet gar das Ziel der Gleichstellung sei erreicht. Werden bei der Berechnung der Einkommenslücke zwischen Mann und Frau, auch die Einkommenslücke für unbezahlte Care-Arbeit berücksichtigt, so hatten die Frauen im Jahr 2014, 44 % oder 108 Milliarden Franken weniger Einkommen. Wir Frauen verlangen mutigere Schritte nach vorn, als sie bisher von Bundesrat und Parlament angedacht wurden. Lohngleichheit. Punkt. Schluss!

Ein weiterer Schwerpunkt bildete das Thema Care-Arbeit. Kritisiert wurde, dass die Arbeitgeber zwar Frauen als Fachkräfte rufen, gleichzeitig aber mit Sparbegehren öffentliche Care-Angebote, wie Kinder- und Krankenpflege, gefährden. Gute Care-Arbeit, auf die Kinder, Alte und Kranke Anrecht haben, ist aber für die Gesellschaft unabdingbar. Bezahlte Care-Arbeit ist als Teil des Service Public zu sehen und hat als solche allen zugänglich zu sein und zwar qualitativ hochwertig und ausreichend öffentlich finanziert. Care-Arbeitsverhältnisse in Privathaushalten müssen dem Arbeitsgesetz unterstellt und so der Prekarität entzogen werden. Unbezahlte Care-Arbeit ist als Arbeit anzuerkennen und in den Sozialversicherungen angemessen zu berücksichtigen.

Weiter fordern die SGB-Frauen eine Arbeitswoche mit maximal 35 Stunden, um die bezahlte und unbezahlte Arbeit von Frauen und Männer gerechter zu verteilen. Kurzfristig muss die Abschaffung der Arbeitszeiterfassung und die Ausweitung von Nacht- und Sonntagsarbeit, entschieden bekämpft werden. Zudem verlangen die Frauen famlienfreundliche und planbare Arbeitszeiten.

Zum Abschluss des Kongresses, fand eine spontane Demonstration auf dem Berner Theaterplatz statt, um der zentralen Forderung nach Lohgleichheit zusätzlich Ausdruck zu verleihen. Nur gerade zwei Stunden zuvor hatte sich der Ständerat ganz knapp für das Eintreten auf die Revision des Gleichstellungsgesetzes durchgerungen.

Fachstelle Gleichstellung

von Mia Jenni

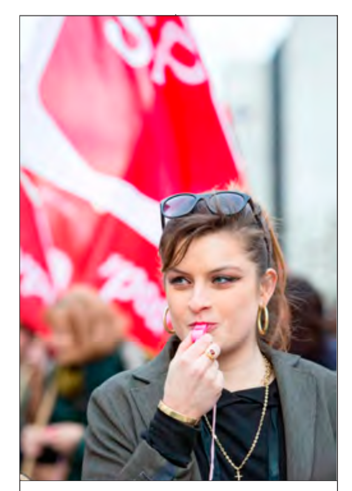
November 2017, im Grossratssaal Aarau kommt der Paukenschlag. Die Fachstelle für Gleichstellung wird abgeschafft. Aufgrund von Abbaumassnahmen halten es die bürgerlichen Politiker_innen für gerechtfertigt, den Anspruch auf Gleichberechtigung in Kanton Aargau zu untergraben. Dies ist ein Schlag ins Gesicht jeder Aargauer Frau.

Deshalb gingen am 8. März über 450 Demonstrierende auf die Strasse und machten sich mit Trillerpfeifen und Reden stark für eine finanzstarke und kompetente Fachstelle.

Doch wir demonstrierten nicht nur, weil uns die Fachstelle nach 23 Jahren weggenommen wurde. Wir demonstrierten auch, weil eine solche Stelle auch 2018 immer noch bitter nötig ist. Bitter nötig, weil auch 37 Jahre nach dem Gleichstellungsartikel in der Bundesverfassung, die Diskriminierung von über 50% der Bevölkerung, den Frauen, Alltag ist.

Rund 20% verdienen wir Frauen weniger. Die Politik des Landes wird nach wie vor von alten Männern dominiert. Mutterschaftsurlaube sind viel zu kurz, Vaterschaftsurlaube will das Parlament nicht einmal erlauben.

Frauen erfahren Gewalt im Alltag. Sei dies körperlich, verbal oder durch die Objektivierung des eigenen Körpers in der Öffentlichkeit. Sei dies virtuell oder auf der Strasse.



Mia Jenni
Co-Präsidentin Juso-Aargau

Wir haben genug!

37 Jahre nach dem Einführen der Gleichstellung in der Bundesverfassung haben wir genug gewartet! Wir haben genug vom Patriarchat! Demonstration und Streiks weltweit zeigen dies. Die Häufungen feministischer Vorstösse in den Parlamenten beweisen es ebenfalls.

Der 1. Mai steht unter dem Motto „Lohngleichheit - Punkt. Schluss.", und zeigt, dass wir genug gewartet haben.

Wir wollen Lösungen und zwar jetzt. Wir wollen auch Lösungen sehen im Bezug auf Care Arbeit und Gewalt an Frauen. Genug gewartet.

Wir brauchen die Fachstelle für Gleichstellung wieder, denn sie ist in diesem Kampf bitter nötig.

«Unter dem Strich haben sich Streiks immer ausbezahlt»

Interview mit Vania Alleva - von Anne Rubin

Angesichts immer härter auftretender Arbeitgeber, die oft jegliche Diskussion verweigern, drängt sich der Streik als ultima ratio des Arbeitskampfs wieder vermehrt auf. Streik ist alles andere als ein veraltetes Instrument. Oft steht für die Arbeitnehmenden dabei der Kampf für ihre Würde im Vordergrund. Vania Alleva äussert sich im Gespräch zu den Lehren aus den jüngsten Streiks und zur Hausforderung Streik im Zeitalter der Digitalisierung.



Vania Alleva
Präsidentin Unia Schweiz

Vania Alleva, seit der Jahrhundertwende ist in der Schweiz ein Wiederaufleben von Streiks zu beobachten. Wie erklären Sie sich das?

Vania Alleva: Wir sehen uns zunehmend mit Arbeitgebern konfrontiert, die nicht mehr bereit sind, über die Situation ihrer Beschäftigten zu diskutieren. Generell lässt sich auf Arbeitgeberseite eine Verhärtung feststellen. Und vor dem Hintergrund der zunehmend schlechteren wirtschaftlichen Situation wird es auch immer schwieriger, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen auszuhandeln, ohne entsprechende Kampfmittel in der Hand zu halten. Der Streik ist also ein Mittel, um den Forderungen der Beschäftigten Nachdruck zu verleihen, aber auch um die Gegenseite an den Verhandlungstisch zu bringen.

Einer der letzten Arbeitskämpfe fand im Genfer Altersheim Notre-Dame statt, und auch in anderen Dienstleistungsbetrieben wird gestreikt. Welche Lehren ziehen Sie daraus?

Streik ist ein kollektives Kampfinstrument, das nicht nur in den traditionellen Branchen Erfolg verspricht. Er ist auch ein Instrument der Beschäftigten in den modernen Dienstleistungssektoren. Keine Brache ist heute vor sozialen Konflikten gefeit. Wer die jüngeren Streiks betrachtet, wird rasch die aktive Rolle der Dienstleistungsangestellten wahrnehmen. Das geht mit einer zunehmenden Feminisierung einher.

Seit 2000 garantiert die Bundesverfassung das Streikrecht, aber der Arbeitsfriede ist einer der Sockel der Sozialpartnerschaft. Wieviel Spielraum haben Gewerkschaften vor diesem Hintergrund?

In der Schweiz sitzt der Arbeitsfriede vor allem in den Köpfen, weil man ihn uns seit Jahrzehnten eingetrichtert hat. Natürlich versuchen die Arbeitgeber, unsere kollektiven Kampfinstrumente zu kriminalisieren. Wir müssen den Beschäftigten klarmachen, dass Streiken ein legitimes Instrument ist. Eine Gewerkschaft, die nicht in der Lage ist, einen Streik zu führen, verfügt nicht über genügend Kampfkraft, um gute Resultate zu erzielen. Das ist entscheidend, um auf Augenhöhe mit den Arbeitgebern am Verhandlungstisch sitzen zu können.

Seit ihrer Gründung hat die Unia rund 100 Streiks getragen. Welche Bilanz ziehen sie aus inhaltlicher, menschlicher und gewerkschaftlicher Sicht?

Unter dem Strich hat sich Streiken immer ausbezahlt, sei es gegen Lohnsenkungen und Lohndumping, sei es gegen Entlassungen, die oft verhindert oder reduziert werden konnten. In vielen Fällen konnten wir zumindest den Sozialplan verbessern. Es kommt fast nie vor, dass gar keines der mit einem Streik angestrebten Ziele erreicht werden kann. Und selbst dann können sich die Streikenden sagen: Wir haben es zumindest versucht. Aber ein Streik ist für die Beteiligten nie einfach. Erst wenn es um wirklich schwerwiegende Ungerechtigkeiten geht, werden sich die Beschäftigten für einen Streik aussprechen. Auslöser ist dabei neben Arbeitsbedingungen oder drohenden Entlassungen oft mangelnder Respekt gegenüber dem Personal.

Die Arbeitswelt hat sich enorm verändert. Wie kann man gemeinsam Arbeitskämpfe führen in Sektoren, in denen die Arbeitnehmenden zunehmend isoliert sind?

Es ist eine grosse Herausforderung, nicht nur bei Streiks, sondern für die Gewerkschaftsarbeit generell, die Leute auf einem immer zersplitterteren Arbeitsmarkt zu erreichen. Aber je prekärer die Arbeitsbedingungen werden, umso mehr müssen wir für ihre Verbesserung kämpfen. Wir müssen neue Kommunikationsformen entwickeln, um die Beschäftigten zu erreichen, beispielsweise ausserhalb der Arbeit, in anderen Netzwerken. Und wir müssen die modernen Kommunikationsmittel nützen, um neue Möglichkeiten des Arbeitskampfes zu finden, die sich von den traditionellen Streiks etwas unterscheiden.

Ist ein Streik im Zeitalter der Digitalisierung überhaupt noch möglich?

Ja, die Digitalisierung kann sogar dazu beitragen, gewisse Streiks besser führen zu können. Deutsche Streikende haben mir beispielsweise geschildert, wie sie das Informatiksystem ihres Unternehmens stillgelegt haben, so dass E-Mails weder empfangen noch verschickt werden konnten. Wir müssen also die Möglichkeiten der digitalen Welt für unsere Arbeitskämpfe fruchtbar machen.



Vania Alleva / Andreas Rieger (Herausgeber)
ISBN 978-3-85869-754-7
168 Seiten, CHF 25.00
Erhältlich im Buchhandel, beim Rotpunktverlag oder bei ihrer Unia-Region (für Unia-Mitglieder)

Gegensteuern!

von Viviane Hösli

«Man kann nur ausgeben was man eingenommen hat» Ein geflügeltes Wort in der Politik und es wird in der Regel von bürgerlichen PolitikerInnen vorgetragen um zu untermauern, warum der radikale und schmerzhafte Leistungsabbau notwendig ist. Leider kam die bürgerliche Mehrheit in Regierungsrat und Parlament bislang noch nie auf die Idee, bei den Einnahmen zu schrauben, sondern immer nur bei den Ausgaben.

SP und Gewerkschaften haben die Zeichen der Zeit erkannt und sagen: Jetzt müssen wir Gegensteuer geben. Aus diesem Grund lancieren Sie gemeinsam die Gegensteuer-Initiative. Diese fordert, dass ein Teil der Steuersenkungen an hohe Einkommen und Unternehmen mit Gewinn rückgängig gemacht wird und generiert zusätzliche Einnahmen von 125 Mio. Franken pro Jahr. Gemeinsam mit der Millionärssteuerinitiative, welche im September zur Abstimmung gelangt, hätte der Kanton pro Jahr fast 200 Mio. mehr pro Jahr zur Verfügung um in die Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner zu investieren.

Ein Kanton finanziert von Menschen braucht Leistungen für Menschen

Heute werden im Kanton Aargau 83% der Steuereinnahmen von natürlichen Personen geleistet. Gleichzeitig wurde in den vergangenen vier Jahren ein Leistungsabbau betrieben, welcher diese Menschen am meisten betrifft. Insgesamt wurde in den letzten Jahren Leistungen im Umfang von durchschnittlich 300 Mio. Franken abgebaut. Jährlich wohlverstanden! Nur ein paar Beispiele:

- Kürzung Ergänzungsleistungen zu AHV und IV;
- Kürzung Krankenkassenprämienverbilligung;
- Kürzung bei der Bildung und Berufsbildung;
- Kürzung bei Kultur, Sicherheit und Sozialem.

Trotzdem wurden bei den Einnahmen des Kantons keine essentiellen Änderungen in Angriff genommen. Es musste sogar mittels eines Referendums gegen weitere Einnahmeneinbussen gekämpft werden.



Viviane Hösli
Geschäftsführerin ArbeitAargau, Zofingen

Dabei zeigen Statistiken klar auf, dass von den Steuersenkungen der vergangen Jahre nur die obersten Einkommen profitiert haben und für alle anderen Einkommensschichten kaum oder sogar weniger zusätzliches Geld zur Verfügung haben. Diese Entwicklung schadet der Schweiz und dem Kanton Aargau als ausgewiesener Wohnkanton im Speziellen.

Die Steuervorlage 17 treibt den Steuerwettbewerb weiter an

Obwohl die USR III an der Urne deutlich abgelehnt wurde, sollen mit der Neuauflage der Vorlage, der sogenannten Steuervorlage 17 (SV17), die Steuern für Unternehmen wieder deutlich gesenkt werden. Während die Regierung noch einsieht, dass weitere Gewinnsteuersenkungen nicht finanzierbar sind, markieren die Verbände aus Wirtschaft und Gewerbe bereits ihre Position und fordern tiefere Steuersätze für Unternehmen. Als Argument wird der Steuerwettbewerb aufgeführt, obwohl Steuern für die meisten Unternehmen kaum zu wesentlichen Schwierigkeiten führt: Es sind vielmehr der starke Franken, der Fachkräftemangel und der eingeschränkte Zugang zu Krediten, welche kleinen und mittleren Unternehmen Mühe bereiten. Kommt hinzu, dass die KMU von der Initiative kaum betroffen wären. Die von der Initiative verlangten Korrekturen der Steuersenkungen würden lediglich 5% der Aargauer Unternehmen betreffen. Dabei handelt es sich fast ausschliesslich um grössere Unternehmen.

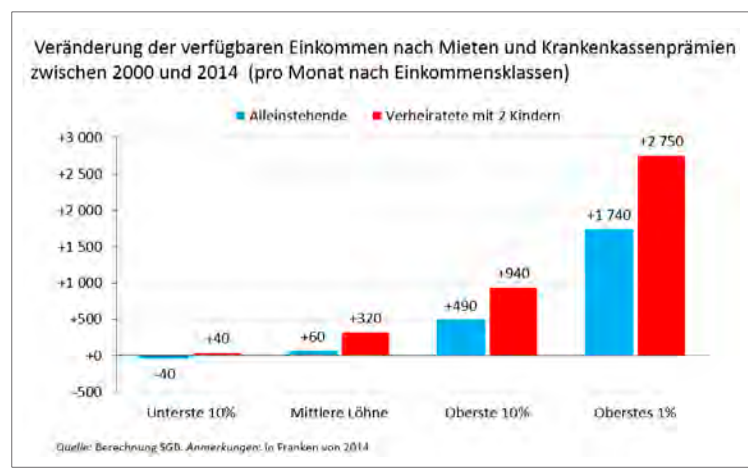
Geben wir Gegensteuer und ermöglichen wir einen Kanton, in welchem die Franken, die für die Lebensqualität seiner BewohnerInnen ausgegeben werden müssen, auch eingenommen werden.

Noch heute unterschreiben und zurücksenden!

Das will die Initiative:

- Eine Korrektur der Gewinnsteuersenkungen für Unternehmen mit mehr als Fr. 500'000.- Reingewinn (95% aller Unternehmen sind davon nicht betroffen);
- Gewinnsteuern können nicht mehr von Kapitalsteuern abgezogen werden;
- Dividenden von Beteiligungen sollen zu einem Einkommenssteuersatz von 80%, statt bisher 40%, besteuert werden;
- Eine Korrektur der Einkommenssteuersenkungen für steuerbare Einkommen über 100'000.-/Jahr bei Einzelpersonen und 200'000.-/Jahr bei Ehepaaren (betrifft 15% der Bevölkerung).

Ganzer Text siehe beigelegten Initiativbogen oder www.gegensteuer-initiative.ch



FEST DER SOLIDARITÄT

SAMSTAG, 18. AUGUST 2018
ARBEITERSTRANDBAD TENNWIL

ab 16 Uhr Grill- & Barbetrieb
Kinderprogramm, Tombola und mehr

REDEN

GREGOR GYSI
Mitglied des deutschen Bundestages

TAMARA FUNICIELLO
Präsidentin JUSO Schweiz

MUSIK

DODO HUG & EFISIO CONTINI
singen Lieder der Arbeiter*innenbewegung





SP